

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Umkreis bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 30.— M., vierteljährlich 90.— M., halbjährlich 180.— M., außerorts 20% Zuschlag. Familienabonnenten, Angestellte unter 20 Jahren und Wohnungswirtschaftler, 15pännige Familien und Verleiher die Seite 3.— M. Vorzugsgebühr laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1.— M.

Schriftleitung und Hauptverlag: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuss & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drücklicher Quellenangabe („Dresdner Nach.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Die sächsische Regierung zur Ermordung Rathenaus.

Schwere Angriffe auf die Deutschnationalen Volkspartei.

In der heutigen Sitzung des Landtags, über deren Verlauf wir weiter unten berichten, gab der Minister des Innern Bismarck im Namen der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung erblickt in dem feigen, an Minister Dr. Rathenau verübten Mordanschlag nur ein Glied in der Kette des planmäßig organisierten politischen Terrors, durch den die junge Republik in ihren Grundfesten erschüttert und untergraben werden soll. Sie hat ihrem Abscheu vor dieser gemeinen Tat und ihrer Trauer der Reichsregierung und der Familie Rathenau in einem Beileids-Telegramm Ausdruck gegeben.

Mit der Reichsregierung ist auch die sächsische Regierung der Auffassung, daß dieser Mord wie frühere Anschläge auf führende politische Persönlichkeiten wohl vorbereitet und aberlegt ausgeführt worden ist. Die Vorbereitungen werden zweifellos unterstützt und gedeckt durch weitverzweigte staatsfeindliche Organisationen, während sich die Urheber in sicherem Hintergrunde halten. Die Pogromkündigung für die Verübung politischer Morde ist seit langem durch die mühe Hege der rechtsstehenden Presse,

die Flugblätter, Reden und Behauptungen der rechtsstehenden Parteien geschaffen worden. All die nationalen Vereinigungen, welchen Namen sie auch tragen mögen, stehen bauernd mit der Deutschnationalen Volkspartei organisatorisch in Verbindung. (Zehr richtig! links.) Die Deutschnationalen Volkspartei ist mit ihr diese Pogromkündigung verantwortliche. Wie schamlos der persönliche Kampf von jener Presse geführt und zu Gewalttaten auch in Sachen aufgeschauelt wird, ist bekannt.

Wenn jene Partei hinterher ihr Verhalten über den Mord auspricht und den politischen Mord verurteilt, so hat das keine Bedeutung, zumal ihr Führer, der Abgeordnete Beutler, in der Sitzung des Landtags vom 11. Mai bedauerte, daß in den Novembertagen 1918 nicht geschossen worden sei.

Die Regierung ist mit der Reichsregierung darin einig, daß alles getan werden muß,

um die monarchistisch-nationalistisch verwehte politische Atmosphäre Deutschlands gründlich zu reinigen.

Das Ministerium des Innern hat durch Verordnung vom 2. Juni d. J. die Polizeibehörden angewiesen, gegen das Treiben staatsfeindlicher Organisationen erhöhte Wachsamkeit zu üben. Der Mord an Rathenau löste eine solche Erbitterung gegen nationalistische Kreise aus, daß mit einer erheblichen Störung der öffentlichen Sicherheit zu rechnen war. Die Regierung verbietet auf Grund Art. 48 Abs. 2, bis auf weiteres alle nationalistisch-monarchistischen Kundgebungen, Versammlungen und Zusammenkünfte, insbesondere sogenannte Regimentsfeiern, Sonnenwendfeiern und Protestkundgebungen. Die Verordnung ist, soweit sie am Sonnabend die Dienstbehörden noch erreichte, durchgeführt worden, so daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Sachsen ungestört blieb. Die Verordnung ist durch die umfassendere Verordnung des Reichspräsidenten abgelöst worden. Die Regierung wird alles tun, um die Verordnung mit allen Maßnahmen in Sachsen durchzuführen.

Die Regierung hat aber weiteres getan. Sie hat in einer Protestnote an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß die Reichswehr die monarchistisch-nationalistische Agitation durch Stellen von geschlossenen Informationen an Regimentsfeiern usw. begünstigt hat und dies vom Reichswehrminister angeordnet worden ist, ohne der sächsischen Regierung hiervon Kenntnis zu geben. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichswehr trotz des Nordes keine Vorbeugungsmaßnahmen getroffen hat und verlangt, daß Demonstrationen der Reichswehr bei Regimentsfeiern und die Agitation für letztere verboten werde. Am Schluß der Note heißt es:

„Die sächsische Regierung hält es für geboten, durch einen Wechsel in der Person des Reichswehrministers die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Reichswehr ein Mittel zum Schutze der Republik wird.“

Mit der Abwehr allein ist es nicht getan. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß konterrevolutionäre Unternehmen in keine Gefahr kommen. Durch die Vorlage über die zeitweise Verstärkung der Ordnungspolizei soll der republikanischen überlegenen Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, ihre Kräfte im Dienste für die Republik einzusetzen. Wenn alle überlegenen Republikaner und Sozialisten zusammenstehen, dann wird die Zeit zu monarchistischen Erhebungen bald vergehen.

Die Regierung wird weiter bemüht sein, die Republik zu festigen und die

Verwaltung von unzuverlässigen Elementen zu säubern.

Die Selbstverwaltung in den Gemeinden zu sichern und die Behördenorganisation zeitgemäß umzugestalten. Die Regierung würde es begrüßen, wenn der Landtag ohne zweifelhafte Worte die noch ausstehenden Gesetze und den Etat verabschiedet, nachdem die Lücken im Etat geschlossen sind. Die Regierung legt besonders Wert auf die Verabschiedung des Etats, weil bei der Senkung des Geldwertes dem Staate hundertmillionsfacher Schaden entstehen würde, wenn angelagene oder geplante Bauten erst später durchgeführt werden könnten. Außerordentlichen Wert legt die Regierung auf die Verabschiedung der Gemeindeordnung, die den Gemeinden die längst ersuchte Selbstverwaltung geben soll.

Die Regierung weist

den gemeinen Vorwurf,

sie bleibe an ihren Ministern, mit Entrüstung zurück. Sie ist getragen von dem Gedanken, die Staatsnotwendigkeiten zu erfüllen, und verlangt, daß die in neun Monaten geleistete Arbeit des Landtags nicht nutzlos vergeblich wird. Die Regierung wird dem Landtage ihre Kräfte zur Verfügung stellen, wenn der Landtag dies von ihr fordert.

Wir rufen die republikanisch gesinnte Bevölkerung auf, zusammenzutreten in der Abwehr der Feinde der Republik, und der Regierung und ihren Organen zu helfen, die Bedrohungen und Förderer der Mordanschläge aus ihren Schützengängen herauszuholen, damit sie zur Verantwortung gezogen werden können. Sie erwartet insbesondere von der Arbeiterklasse, als der treuesten Stütze der Republik, daß sie allen Feinden zum Trotz die Republik verteidigt und erhält.

Es lebe die Republik!

ganzen Reihe ist man tief erschüttert über den Verlust, der unserem deutschen Vaterlande zugefügt wurde. Nicht zuletzt ist natürlich die Familie betroffen, die wohl ihr beides Mitglied auf diese Weise verloren hat. Es trauert aber auch und mit Recht die Partei, die Rathenau an ihrem Mitgliebes zählen konnte, um dieses hervorragende Mitglied, und wir sprechen noch von dieser Stelle aus, nicht nur der Familie, sondern auch der demokratischen Partei unser Bedauern über diesen schweren Verlust aus. Seitens des Herrn Vizepräsidenten Dr. Wagner ist der Reichsregierung die Trauer über diese ungeheuerliche Tat übermitteln worden. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen. Die Grube über Rathenau hat sich geschlossen, nicht aber sind die Wunden geheilt, die uns, sowie der Familie und auch der Partei, der er angehörte, durch seinen Verlust geschlagen worden sind. Begreiflich ist die ungeheure Aufregung, die gegenwärtig durch Deutschland geht, und dennoch müssen wir bei aller Aufregung dieser Tat die Ruhe nicht verlieren. Wir müssen uns immer wieder fragen, was nun? Trotz allem müssen wir die Ruhe auszufüllen suchen, die der Tod gerissen hat. Wir alle trauern, auch die Abgeordneten, die das Haus verlassen haben, und auch das sächsische Volk trauert mit uns um den Verlust dieses Mannes.

Sie haben sich zu Ehren des Gedenkens von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Der Name Rathenau wird in der deutschen Geschichte fortleben und wird auch in unserem Gedächtnis hochgehalten werden. Zum Zeichen der Trauer schlage ich Ihnen vor, die Sitzung um eine Stunde zu verlegen.

Das Haus vertagt sich bis 11 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhält das Wort der Abg. Wirth (Soz.) zu einer

Erklärung der drei sozialistischen Parteien.

Die drei Arbeiterparteien hätten zu Beginn der Sitzung den Saal verlassen, weil sie es für unter ihrer Würde hielten, einem Trauerakt beizuwohnen, während ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei einen Sitz im Präsidium des Landtags einnehme. Diese Kundgebung richtete sich nicht gegen die Person, sondern gegen den Repräsentanten der Partei, die in Wort und Schrift durch eine mühe Hege eine Mordkultur im deutschen Volke geübt habe. Das treffe auch zu auf die Hege der Deutschnationalen Fraktion im sächsischen Landtage gegen die Regierung. Nur der Selbstzucht des Volkes sei es zu danken, daß nicht auch in Sachsen die Anstachelung der Leidenschaften gleich bedauerliche Folgen wie in Berlin erzielt hätte. Die drei sozialistischen Parteien bringen ihren tiefsten Abscheu gegenüber dem deutsch-politischen Mordanschlag zum Ausdruck und werden dies durch eine öffentliche Trauerfeier im Sitzungssaale der ehemaligen Ersten Ständekammer tun, wozu alle republikanischen Parteien eingeladen seien. Der Redner bittet, die Sitzung um eine Stunde zu verlegen.

Das Haus beschließt die Verlegung.

Abg. Renke (Unabh.) bemerkt, daß die Feier öffentlich sei und die Tribünenbesucher daran teilnehmen könnten.

Die Feiern, bei der auch sämtliche Staatsminister und die Demokraten zugegen sind, beginnt sofort.

Präsident Fröhdorf

macht zu Ehren des Ermordeten ähnliche Ausführungen wie bei der ersten Trauerfeier. Er führt dann u. a. aus: Wir können nur wünschen, daß die fürchterliche Tat gerächt wird, daß die Mörder festgesetzt und der verdienten Strafe zugeführt werden. Ein Mann, der so wie Rathenau geehrt wurde vom ganzen Volke, ist für die demokratische Partei ein schwerer Verlust. Wird der Reichstag aufgelöst, um die Partei, die die Schuld an den Vorgängen hat, zu treffen und sie durch Neuwahlen im Reichsparlament zu dezimieren, dann wird das auch keine Minderwirkung auf den sächsischen Landtag haben. Es darf nicht dazu kommen, daß man die Republik in Gefahr bringt. Der Augenblick ist gekommen, wo alle wirklichen Republikaner im Reiche mit ihrer ganzen Person einstehen müssen. Wenn wir in der nächsten Zeit schwere Kämpfe durchzuführen haben, so muß unter den Republikanern Deutschlands eine mögliche Einheit herbeigeführt werden. Wir wünschen, daß das nicht nur geschieht innerhalb der sozialistischen Parteien und der Arbeiterchaft, sondern auch weit hinein bis in das Bürgerium und die Beamtenchaft. Wir werden das Gedenken Rathenaus nicht besser ehren, als wenn wir uns hart machen, die Republik zu schützen, gleichviel von welcher Seite und mit welchen Mitteln gegen sie angetanzt wird. Das Attentat richtet sich nicht nur gegen die Republik, sondern im besonderen

gegen die Erfüllung der Abmachungen des Berliner Vertrages.

die namentlich dem Reichsaussenminister oblag. Die Abmachungen, die getroffen waren, haben bei den Rechtsparteien, besonders den Deutschnationalen große Erregung hervorgerufen und man hat gegen die Reichsregierung die allerheftigsten Angriffe in Wort und Schrift gerichtet. Die Deutschnationalen Partei wird beschuldigt, daß sie den Mord gewissermaßen herbeigeführt hat. Es wird niemand den Nachweis schlichtlich erbringen können, daß eine Partei einen politischen Mord beschließt. Dazu liegt auch gar keine Notwendigkeit vor; wenn nur sonst die Reden und Schriften so eingerichtet werden, daß eine Ziehbühne erzeugt wird.

Trauertundgebungen im Landtage.

Die sozialistischen Parteien verlassen den Saal.

Dresden, den 28. Juni 1922.

Nach 10 Uhr eröffnet Präsident Fröhdorf, der seinen Erholungsurlaub unterbrochen hat, die Sitzung zu einer

Trauertundgebung für Dr. Rathenau.

Am Ministertische befinden sich sämtliche Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Bismarck, der bekanntlich dienstlich in München weilt.

Das Haus erhebt sich einschließend des Präsidiums, neben dem Präsidenten die Vizepräsidenten Banger und Dr. Wagner. Als der Präsident beginnen will, bricht ein ungeheurer Lärm

auf der linken Seite des Hauses los. Besonders die Kommunisten rufen fortwährend: „Wagner runter!“ Präsident Fröhdorf: Es gibt keine geschäftsordnungsmäßige Abstimmung hierfür. Morgen findet eine Aussprache statt. Es fallen gegen Dr. Wagner die unflätigsten Schimpfwörter. Da der Lärm andauert, ist es dem Präsidenten unmöglich, zu sprechen. Schließlich erklärt Abg. Müller, Chemnitz (Soz.) zur Geschäftsordnung: Wir hätten erwartet, daß der Herr Vizepräsident Dr. Wagner, der einer Partei angehört, die zweifellos nicht frei von Schuld an den Geschehnissen der letzten Tage ist, so viel Taktgefühl befehlen hätte, fernzubleiben. Wenn der Herr Vizepräsident seinen Platz nicht verläßt, werden wir das Haus verlassen. Der Präsident teilt mit, Dr. Wagner habe ihm gesagt, daß er keine Verantwortung habe, das Haus zu verlassen.

Die gesamte Linke (Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten) verläßt den Saal, von den Ministern lediglich der Wirtschaftsminister Fellsch.

Dem Präsidenten Fröhdorf wird von der Linken zugeworfen: Verlassen Sie doch auch den Saal! Präsident Fröhdorf: Das werde ich nicht tun, ich weiß, was meine Pflicht ist. Lassen wir uns nicht führen bei unserem Akt. Wie diese Stimmung entstanden ist, ist Ihnen ja bekannt.

Wie Ihnen bekannt ist, ist am 24. Juni durch Deutschland eine fürchterliche Kunde gedrungen, daß ein schreckliches Verbrechen durch eine Vereinigung von Personen, nicht durch eine einzelne Person, an dem Außenminister Dr. Rathenau verübt worden ist. Er ist menschlich er-mordet worden. Einer unserer besten deutschen Männer ist mit Dr. Rathenau aus unserer Mitte gerissen worden. Er war ein Mann, den Deutschland gerade in dieser Zeit sehr notwendig gebraucht. Bei aller Kenntnis und Berücksichtigung der Verhältnisse, unter denen Deutschland gegenwärtig zu leben hat, verlor er nie die Hoffnung, nie den Mut, mit-zuarbeiten, daß Deutschland aus dieser schweren Krise herauskam. Er hat dazu die dankbarsten Vorschläge gemacht und an schwierigster Stelle gestanden. Ein Mann der Wissenschaft war er, eine Leuchte deutscher Technik, ein Volkswirt besser Art, ein braver, selbstloser Mann, der sich in schwerster Zeit zu schwerster Arbeit in unausgeglichenen Weise seinem Vaterlande zur Verfügung stellte. In dahingegangenen. Er hat, das darf ich sagen, in vollstem Sinne des Wortes für sein Vaterland. Er wollte sein schwerbedrücktes Vaterland aus diesem Elend herausführen, und er war der Mann dazu, wesentlich mitzuwirken. Im